

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 28. Januar 2016, 19.00 Uhr, Rathaussaal

Vorsitz: Paul Koller, Einwohnerratspräsident

Anwesend:	Mitglieder des Einwohnerrats bis 21.00 Uhr	46
	Mitglieder des Einwohnerrats ab 21.00 Uhr	45
	Mitglieder des Gemeinderats	7
	Thomas Sigrist, Schulpflegepräsident	
	Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber	
	Barbara Wiedmer, Gemeindeschreiberin (Protokoll)	

Entschuldigt

abwesend:

Markus Bader
Robin Bauer
Andreas Benz
Holger Czerwenka

- Traktanden:
- 1 Protokoll der Sitzung vom 17. Dezember 2015
 - 2 Inpflichtnahme von Kisa Besir, SP (anstelle des zurückgetretenen Wetzel Joseph, SP) und Häusermann Mario, SVP (anstelle des zurückgetrete-nen Mittner Tobias, SVP)
 - 3 Ersatzwahl von Wolf Thomas, SVP, in die Geschäftsprüfungskommis-sion (anstelle des zurückgetretenen Huser Hansjörg, SVP)
 - 4 Kreditbegehren von Fr. 260'000.00 (inkl. MwSt.) für die Kanalisationser-neuerung Landstrasse im Bereich Knoten Obere Geisswies bis Kreuzka-pellenweg (2015-5817)
 - 5 Kreditbegehren von Fr. 126'000.00 (inkl. MwSt.) betreffend Belags-sanierung mit Strassenentwässerung Alte Waldpartieweg (Kostenanteil Strassenbau) (2015-5816)
 - 6 Motion Burger Alain, SP, vom 26. Juni 2014 betreffend Zusam-menschluss zur Regionalstadt Baden-Wettingen; Ablehnung; schriftlicher Bericht (2014-0630)
 - 7 Motion Scherer Kleiner Leo und Meier Obertüfer Jürg, beide WG, vom 13. März 2014 betreffend autofreie Wohnzonen; Rückzug (2014-0249)
 - 8 Motion Scherer Kleiner Leo und Meier Obertüfer Jürg, beide WG, vom 13. März 2014 betreffend Wohn- und gemischte Zonen mit reduzierter Parkplatzerstellungspflicht; Ablehnung und Entgegennahme als Postulat (2014-0250)

- 9 Motion Scherer Kleiner Leo, WG, vom 13. März 2014 betreffend Bezeichnung von Gebieten für die innere Verdichtung und Siedlungserneuerung; Rückzug (2014-0251)
- 10 Motion Scherer Kleiner Leo, WG, vom 13. März 2014 betreffend Festlegung von differenzierten Wohnanteilsvorschriften in der Bau- und Nutzungsordnung; Ablehnung (2014-0252)
- 11 Postulat Meier Obertüfer Jürg, WG, und Wetzel Josef, SP, vom 4. September 2014 betreffend Velostation-Basisangebot beim Bahnhof Wettingen; Rückzug (2014-0835)
- 12 Postulat Feri Celina, SP, vom 12. März 2015 betreffend farbige Gestaltung der "Milchkannen"-Signalisation; Ablehnung (2015-0242)
- 13 Postulat Fraktion SVP vom 24. Juni 2015 betreffend Reduktion der Papierflut - Zeitgemässer und effizienter Ratsbetrieb; Entgegennahme (2015-0599)

Koller Paul, Einwohnerratspräsident: Ich begrüsse Sie zur 15. Sitzung der laufenden Amtsperiode und zu meiner ersten Sitzung als Einwohnerratspräsident. Ein spezieller Gruss geht an die Gäste auf der Tribüne. Zu unserer Sicherheit ist heute Wm Roland Spörri anwesend. Weiter begrüsse ich die Damen und Herren der Medien. Ihre Berichte werden mit Sicherheit auch dieses Mal von den Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit grossem Interesse gelesen.

Geschätzter Einwohnerrat, „cari amici“, konnten wir heute Morgen in der Zeitung lesen. Für die Wahl zum Präsidenten des Einwohnerrats Wettingen bedanke ich mich bei Euch nochmals von ganzem Herzen. Ich betrachte diese Wahl für mich nicht nur als Ehre, für mich ist es auch ein Zeichen der Anerkennung für unsere Fraktion und der Ortspartei CVP Wettingen. Ich freue mich auf die nächsten zwei Jahre und auf viele spannende Momente in diesem Saal. In unserer 50jährigen Geschichte seit der Gründung des Einwohnerrats Wettingen im November 1965 bin ich der 26. Präsident. In meiner 10jährigen Zeit als Einwohnerrat habe ich erfahren, dass es Brauch ist, dass der neue Präsident eine Antrittsrede hält. Ich habe mir erlaubt, in den Einwohnerratsprotokollen der vergangenen Jahre zu stöbern. Dabei fand ich viele treffende Aussagen meiner Vorgänger. Einige wurden vom Lauf der Zeit überholt, andere sind noch so brandaktuell, dass ich sie heute als Vorlage verwenden könnte. In Anbetracht der 13 Traktanden, die wir heute zu behandeln haben, und in Anbetracht meines Mottos "Wesentlich ist was wir tun und nicht was wir sagen" möchte ich sofort zum Tun übergehen.

Bevor wir zum traktandierten Ratsbetrieb wechseln, möchte ich einige organisatorische Dinge bekannt geben: Ich möchte unsere Sitzungen speditiv durchführen, was aber nicht heisst, dass wir durch die Sitzung hetzen müssen. Wie beim Wandern ist es sicher auch für uns klug, ab und zu eine Verschnaufpause einzulegen. Ich werde unsere Sitzungen wenn nötig mit einer Pause gestalten.

Die Aufgaben des Einwohnerrats und des Ratsbüros sind in der Gemeindeordnung und im Geschäftsreglement geregelt. Ich gehe davon aus, dass Ihr diese Dokumente und deren Inhalt kennt.

Bei Absenzen meldet Euch bitte rechtzeitig bei mir ab. Bitte erscheint auch pünktlich zur Sitzung. Bei Verlassen des Saals sind wir Euch dankbar, wenn Ihr Euch beim Vize-

präsidenten bemerkbar macht, damit wir jederzeit den Überblick über die im Saal anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben.

Bitte vermeidet zudem unnötige und sitzungsverlängernde Voten und reicht keine Vorschläge ein, welche mehr dem Ego des Verfassers als der Sache dienen. Bleibt Eurer Art treu und begegnet einander immer mit Respekt. Packen wir es an! Zusammen für Wettingen. Besten Dank.

0 Mitteilungen

0.1 Rechtskraft der Beschlüsse vom 12. November 2015 und 17. Dezember 2015

Die Beschlüsse der Sitzungen vom 12. November 2015 und 17. Dezember 2015, welche dem fakultativen Referendum unterstanden, sind nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist in Rechtskraft erwachsen.

0.2 Tischauflagen

- Wahlzettel für die Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission
- Aktualisierte Sitzordnung
- Einladung zur Informationsveranstaltung betreffend Rechtsformänderung EWW vom 24. Februar 2016
- Postulat Fraktion CVP und Reinert Marie-Louise, EVP, vom 17. Dezember 2015 betreffend Zukunft der Blasmusik-Kultur in Wettingen

0.3 Rücktritt Helen Suter

Koller Paul, Einwohnerratspräsident: Wie wir bereits an der letzten Sitzung informiert wurden, tritt Helen Suter per Ende Januar 2016 aus dem Einwohnerrat zurück. Helen Suter gehört dem Rat seit 1. Januar 2010 an und hat während dieser Zeit zwei Vorschläge eingereicht. Sie ist bzw. war Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, der Musikschulkommission, der Schulpflege und diverser temporärer Baukommissionen. Ich übergebe das Wort nun an Marie-Louise Reinert.

Reinert Marie-Louise: Liebe Helen, Du hast Dein Amt als Einwohnerrätin stets mit grossem Engagement wahrgenommen. Du hast viel Idealismus hineingesteckt und Dir die Fähigkeit erhalten, die Welt anders zu denken als sie ist, Visionen zu haben. Dein Handeln lebt aus diesen Idealen. Solche Menschen braucht es in der Politik. Du bist eine aufmerksame Bürgerin. Du kennst Wettingen an Stellen, wo nicht viele hinschauen. Du gehst auf Menschen zu, Du hörst zu und fragst nach. Du bildest Dir Deine Meinung immer sorgfältig und umsichtig. Du bist mutig, sagst was Du denkst und machst was Du gut findest. Deine Mitarbeit in der Fraktion und im Einwohnerrat war geprägt von diesem Engagement, von diesem Verantwortungsbewusstsein und Deinem Gespür für das Mögliche. Du bist eine äusserst kultivierte und umgängliche Frau. Es war immer angenehm, mit Dir zusammen zu arbeiten. Deine Verlässlichkeit und Deine Achtsamkeit sind eine Wohltat für alle, die mit Dir zu tun haben. Im Namen unserer Fraktion, aber auch im Namen des Einwohnerrats und der Stimmbürger danken wir Dir. Wir lassen Dich ungern ziehen, verstehen jedoch Deinen Entschluss und wünschen Dir weiterhin alles Gute, guten Mut und gute Laune für Deine neuen Pläne.

Suter-Schmid Helen: Besten Dank für diese aufmunternden Worte. Es tut gut zu hören, wie man im Rat wahrgenommen wurde. Ich habe gerne im Einwohnerrat mitgear-

beitet. Die politische Arbeit ist mir nach wie vor ein grosses Anliegen. Politik geht uns alle an, ob man nun in ein Amt gewählt ist oder in Kommissionen mitarbeitet oder einfach Mitbürger ist. Ich möchte weiterhin in politischen Ämtern oder Kommissionen tätig sein, da ich davon überzeugt bin, dass man auch mit kleinen Schritten etwas erreichen kann. In diesem Sinne wünsche ich Euch allen weiterhin viel Freude in diesem schönen Amt, einen klaren Blick für das Nötige mit einem Quäntchen Humor. Alles Gute Euch allen.

0.4 Traktandenliste

Es werden keine Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

1 Protokoll der Sitzung vom 17. Dezember 2015

Koller Paul, Einwohnerratspräsident: Das Protokoll der Sitzung vom 17. Dezember 2015 wird genehmigt und der Verfasserin verdankt.

2 Inpflichtnahme von Kisa Besir, SP (anstelle des zurückgetretenen Wetzel Joseph, SP) und Häusermann Mario, SVP (anstelle des zurückgetretenen Mittner Tobias, SVP)

Der Präsident nimmt Besir Kisa (anstelle des zurückgetretenen Joseph Wetzel) und Mario Häusermann (anstelle des zurückgetretenen Tobias Mittner) in Pflicht und wünscht ihnen für das Amt als Mitglied des Einwohnerrats viel Freude und Erfolg.

3 Ersatzwahl von Wolf Thomas, SVP, in die Geschäftsprüfungskommission (anstelle des zurückgetretenen Huser Hansjörg, SVP)

Geheime Abstimmung

Geschäftsprüfungskommission – Ersatzwahl Wolf Thomas (anstelle Huser Hansjörg)

Das Resultat der geheimen Abstimmung lautet:

Eingelegte Stimmzettel	46
Leer und ungültig	0
Gültige Stimmzettel	46
Absolutes Mehr	24

Stimmen hat erhalten und ist gewählt:

Wolf Thomas	42
-------------	----

Nicht gewählt ist:

Huser Michaela	4
----------------	---

Koller Paul, Einwohnerratspräsident: Ich gratuliere Thomas Wolf herzlich zur Wahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

4 Kreditbegehren von Fr. 260'000.00 (inkl. MwSt.) für die Kanalisationserneuerung Landstrasse im Bereich Knoten Obere Geisswies bis Kreuzkapellenweg (2015-5817)

Baumann Jürg: Uns liegt ein Kreditbegehren von Fr. 260'000.00 (inkl. MwSt.) für die Kanalisationserneuerung Landstrasse im Bereich Knoten Obere Geisswies bis Kreuzkapellenweg vor. Die Kanalisation zwischen KS 1610 (Obere Geisswies) und KS 1612 (Kreuzkapellenweg) weist gemäss erarbeitetem Entwässerungskonzept „Obere Geisswies“ eine reduzierte Abflusskapazität auf. Mit der geplanten Einzonung der „Oberen Geisswies“ müssen die geplanten Bauten und die bis dato nicht an die öffentliche Kanalisation angeschlossenen Liegenschaften an der Otelfingerstrasse ihr Abwasser in diese Kanalisation einleiten. Aus diesem Grunde ist die Leitung von KS 1125 bis KS 1126 zusätzlich aufzukalibrieren. Mit diesen Massnahmen wird sichergestellt, dass durch den Anschluss bestehender und zukünftiger Liegenschaften die Abflusssituation nicht verschlimmert wird und auch keine Schäden an privaten und gewerblichen Liegenschaften durch Rückstau entstehen können.

Wie der Zeitung bereits entnommen werden konnte wird mit der Erstellung der Busspur im Zuge des Verkehrsmanagements im März begonnen. Wenn die Kanalisationssanierung gleichzeitig ausgeführt wird, entstehen Synergien mit dem Bauvorhaben des Kantons. Es gibt keine zusätzlichen Verkehrsbehinderungen und die Baustelleninstallation kann gemeinsam genutzt werden.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Einwohnerrat, das Kreditbegehren von Fr. 260'000.00 (inkl. MwSt.) für die Kanalisationserneuerung Landstrasse im Bereich Knoten Obere Geisswies bis Kreuzkapellenweg zu genehmigen (6 : 0 Stimmen bei 6 Anwesenden).

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Das Kreditbegehren von Fr. 260'000.00 (inkl. MwSt.) für die Kanalisationserneuerung Landstrasse im Bereich Knoten Obere Geisswies bis Kreuzkapellenweg wird genehmigt.

5 Kreditbegehren von Fr. 126'000.00 (inkl. MwSt.) betreffend Belagssanierung mit Strassenentwässerung Alte Waldpartieweg (Kostenanteil Strassenbau) (2015-5816)

Baumann Jürg: Als erstes möchte ich darüber informieren, weshalb dieses Geschäft dem Einwohnerrat heute zur Genehmigung vorgelegt wird. Die Investitionsrechnung 2016 war nicht vollständig und teilweise auch etwas fehlerhaft. Aus diesem Grund müssen wir heute über diese Kreditvorlage beraten. In der Investitionsrechnung wurde nur ein Teil der Kosten eingestellt, nämlich der Teil für die Kanalisation. Wenn der vorliegende Kreditantrag ebenfalls in der Investitionsrechnung 2016 eingestellt gewesen wäre, hätten wir diesen via Budget 2016 bewilligt und wir würden heute nicht darüber reden.

Der Gemeinderat ist sich der Fehler in der Investitionsrechnung 2016 bewusst und übernimmt dafür die Verantwortung. Künftig werden in der Investitionsrechnung nur noch folgende Ausgaben abgebildet:

Investitionen/Honorar < Fr. 100'000	Laufende Rechnung
Investitionen > Fr. 100'000 bis 1 Mio. und wiederkehrende Kosten bis Fr. 200'000 innerhalb eines Rechnungsjahrs abgeschlossen	Investitionsrechnung (Budgetkredit) Abschreibung gem. Anlagekategorie
Honorare (z.B. Planungen) > Fr. 100'000 Laufzeit > 1 Jahr Kein Verpflichtungskredit gesprochen	Separates Kreditbegehren nicht in der Investitionsrechnung abgebildet
Investitionsausgaben aus laufenden und vom EWR beschlossenen Verpflichtungskrediten	Zu erwartende Kosten im laufenden Jahr Investitionsrechnung

Nun komme ich zum eigentlichen Kreditbegehren: Die Sanierung des Alten Waldpartiewegs wurde ausgelöst, da dessen gesamtes Strassenwasser und ein Teil des Strassenwassers der Mooshaldenstrasse immer noch unbehandelt in den Schönenbühlbach geleitet werden, welcher am nördlichen Ende des Leewegs beginnt. Der Strassenbelag ist ebenfalls in einem sehr schlechten Zustand. Er weist grössere Beschädigungen auf. Bei grösseren Regenfällen wird er weiter ausgewaschen und der Ausbruch wird direkt in den Schönenbühlbach geleitet. Im Zuge des Projekts Hochwasserschutz hat man abgeklärt, ob die hydraulischen Gegebenheiten des Bachs ausreichen, um das gesamte Strassenwasser in den Bach einleiten zu können. Ebenfalls ist dieses Projekt in enger Abstimmung mit der Abteilung Landschaft- und Gewässerschutz des Departements Bau, Verkehr und Umwelt erstellt worden.

Mit der Erneuerung des Strassenoberbaus wird auch die Einleitung des Strassenabwassers gesetzeskonform gelöst. Dies geschieht mit einem Lamellenklärer. Die bestehende Kanalisationsleitung ist zum grössten Teil beschädigt und durch das Hangwasser der Lägern auch massiv verkalkt. Als Lösung wird entlang der westlichen Strassengrenze eine neue Kanalisationsleitung mit Einlaufschächten verlegt und in diesen so genannten Lamellenklärer eingeleitet. Von dort aus geht es in den Schönenbühlbach. Der Strassenoberbau wird wo möglich auf den bestehenden Belag aufgebaut. Somit muss die Tragschicht nicht erneuert werden, was etwas Kosten spart. Zugleich wird die Bruchsteinmauer entlang der Mooshaldenstrasse saniert. Diese Sanierung wurde bereits vor längerer Zeit von der Kulturlandkommission bewilligt. Mit dem Projekt Alte Waldpartieweg hat man festgestellt, dass es keinen Sinn macht, die Sanierung dieser Bruchsteinmauer vorzuziehen. Daher ist diese auch ein Bestandteil des Gesamtkredits.

Die Sanierungsdauer beträgt ca. zwei Monate. Der Beginn der Sanierung wurde auf Anfang April 2016 festgelegt, damit die Arbeiten vor dem Räbhüsli-Sunntig beendet werden können. Ein späterer Baubeginn bietet auch wieder Konflikt mit der allfälligen Traubenlese im Oktober.

Kosten

Baumeisterarbeiten	Fr. 184'576.00
Unvorhergesehenes	Fr. 18'458.00
Projekt- und Bauleitung	Fr. 30'455.00
	Fr. 233'489.00
8 % MwSt.	Fr. 18'679.00
	Fr. 252'168.00
Bruchsteinmauer	Fr. 17'000.00
Gesamtkosten	Fr. 269'168.00
./. Betrag IR 2016	Fr. -143'000.00
Rundung	Fr. -168.00
Kreditantrag	Fr. 126'000.00

Die Finanzkommission empfiehlt dem Einwohnerrat das Kreditbegehr von Fr. 126'000.00 für die Belagssanierung mit Strassenentwässerung „Alte Waldpartieweg“ (Kostenanteil Strasse) mit 6 : 0 Stimmen bei 6 Anwesenden zur Annahme.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Das Kreditbegehr von Fr. 126'000.00 (inkl. MwSt.) betreffend Belagssanierung mit Strassenentwässerung Alte Waldpartieweg (Kostenanteil Strassenbau) wird genehmigt.

6 Motion Burger Alain, SP, vom 26. Juni 2014 betreffend Zusammenschluss zur Regionalstadt Baden-Wettingen; Ablehnung; schriftlicher Bericht (2014-0630)

Burger Alain: Im Bericht des Gemeinderats wie auch in einzelnen Fraktionsberichten wurde über den Verlust der Identität geschrieben. Dazu möchte ich Folgendes sagen: Ja, ich bin von Wettingen. Wenn ich in der Romandie bin, bin ich aus der Region Baden und wenn ich in den USA bin, „from a small town near Zurich“. Das ist unsere Identität. Wir werden auch in einer Regionalstadt Wettinger bleiben. Bei meinem Vorstoss geht es um die politischen Strukturen, um mehr Demokratie und um die Vereinfachung der Zusammenarbeit in unserer Region. Identität hat für mich wenig mit politischen Strukturen zu tun: Alle zehn Jahre findet eine Badenfahrt statt, jährlich ein Wettiger Fäscht und das wird auch in einer künftigen Regionalstadt so bleiben. Das sind zwei Ereignisse, welche Identität stiften, es sind nicht die politischen Strukturen einer Gemeinde.

Nochmals kurz zur Begründung meiner Motion:

1. Wir sind eine Region. Wenn man von oben schaut, erkennt man, dass Wettingen, Baden, Neuenhof und Ennetbaden schon lange einen gemeinsamen Lebensraum bilden. Wir wohnen in Wettingen und gehen nach Baden einkaufen oder in den Ausgang. Es gibt viele Themen, die uns alle betreffen: Verkehrsregime am Schulhausplatz, Stellenabbau bei General Electrics oder ABB, das tägi-Projekt usw. Diese Herausforderungen sollten wir doch gemeinsam in einem übergeordneten Rahmen lösen. Doch die Politik hält an den bestehenden, mittlerweile 50 Jahre alten, Strukturen fest. Jede Gemeinde löst ihre Probleme für sich und die anderen schauen zu. Mit einer Regionalstadt würden Projekte, die Auswirkungen auf uns alle haben, von uns allen mitgestaltet. Das wäre eine klare Verbesserung des Status quo.
2. Eine Regionalstadt mit mehreren Gemeinden wäre ein Demokratiegewinn. Der Raum, in dem wir mitbestimmen können, würde grösser und unsere Stimme bekäme mehr Gewicht. Heute delegieren wir Aufgaben an den Planungsverband Baden Regio und lösen sie anschliessend mit Gemeindeverträgen. Dabei hat jede Gemeinde eine Stimme. Sie kann zum Vertrag ja oder nein sagen. Die Anzahl der Einwohner spielt dabei keine Rolle und so scheitern Projekte oft am Widerstand einer einzigen Gemeinde. Aber auch wenn ein Gemeindeverband zu Stande kommt, ist er lange nicht so demokratisch wie eine Regionalstadt. Bei der Regionalpolizei wettingen-limmattal hat z.B. jede der fünf Standortgemeinden eine Stimme im Führungsausschuss, der über das Budget berät, unabhängig von der Bevölkerungszahl. Wettingen zahlt aktuell fast 50 % der Kosten bei einer Stimme und dieser Schlüssel wird jeweils für fünf Jahre festgelegt. Dadurch verlieren wir als grosse Gemeinde die Flexibilität und die Möglichkeit, auf Veränderungen bei den Finanzen zu reagieren. Wir als Einwohnerrat verlieren mit jedem weiteren Gemeindevertrag

an Mitsprachemöglichkeiten und damit verliert das Ganze zunehmend an demokratischer Legitimation. Aktuell haben wir ca. 20 verschiedene Gemeindeverträge und in Zukunft dürften es noch mehr werden.

3. Unsere Nachbarn sind nicht unsere Konkurrenz. Wenn wir im Wettbewerb stehen, z.B. um gute Steuerzahler oder in Standortfragen betreffend Industrie oder Gewerbe, dann im Wettbewerb mit anderen Regionen im Grossraum Zürich. Um gute Chancen in diesem Wettbewerb zu haben, muss unsere Region zusammenarbeiten und geschlossen auftreten. Zum Beispiel betreiben wir Standortmarketing nach wie vor für Wettingen. Hier wäre meiner Meinung nach regionale Zusammenarbeit angebracht, aber die politischen Strukturen machen eine solche Kooperation gegenwärtig nicht einfacher.

Die Haltung des Gemeinderats habt Ihr im Bericht lesen können. Ich mache dazu drei Anmerkungen:

1. Nicht alle sehen es so wie der Gemeinderat. Der Regierungsrat begrüßt Gemeindefusionen, weil er vorausschaut und erkannt hat, dass es in Zukunft starke Gemeinden braucht, die auch mit knapper werdenden Ressourcen für die Bevölkerung gute Dienstleistungen erbringen können. Aarau und andere Gemeinden im Kanton machen es vor und sehen also durchaus die Vorteile von Fusionen.
2. Der Gemeinderat spricht von einer motivierenden und gesunden Konkurrenz in der Region; gleichzeitig will er aber die regionale Zusammenarbeit intensivieren. Ja, was jetzt? Hat der Gemeinderat wirklich das Gefühl, Neuenhof, Baden oder Ennetbaden seien eine Konkurrenz? Wenn ja, in welchen Bereichen genau? Brauchen wir zwei Schwimmbäder auf dem Wettinger-Feld? Und sollte der Masterplan Landstrasse nicht schon am Schulhausplatz beginnen?
3. Der Gemeinderat sagt auch, dass durch eine Fusion Demokratie verloren gehe. Ich denke, dass in Zukunft immer mehr Gemeindeverträge zu immer weniger demokratischer Mitsprache führen werden. Das Subsidiaritätsprinzip (d.h. eine übergeordnete Aufgabe an eine höhere Ebene abzugeben) funktioniert nur, wenn eine demokratisch legitimierte übergeordnete Ebene existiert. Der Kanton kann Aufgaben an den Bund delegieren, weil wir ein nationales Parlament kennen. Bei Verträgen zwischen den Kantonen, wie z.B. dem HarmoS-Konkordat, sehen wir ja, wie kompliziert es wird. Genau das gleiche Problem entsteht mit der Zunahme an Gemeindeverträgen in unserer Region. Diese Form der Zusammenarbeit verliert mehr und mehr an demokratischer Legitimation, weil wir bis heute keine übergeordnete politische Ebene in der Region kennen.

Darum wäre es an der Zeit, im 50. Jahr des Einwohnerrats die politischen Strukturen unserer Gemeinde und die politische Zusammenarbeit in der ganzen Region kritisch zu hinterfragen und neue Modelle der Zusammenarbeit in der Region zu prüfen.

Noch ein Beispiel: Rapperswil-Jona, 27'000 Einwohner, Steuerfuss bei 90 % (vor der Fusion bei 120 % und 109 %), ohne Einwohnerrat, dafür mit Bürgerversammlung zweimal im Jahr. Ja, man kann Gemeindepolitik auch anders denken und es stellt sich die Frage, wie lange wir uns die Dorf-Romantik noch leisten wollen und leisten können?

Im Vorfeld dieser Sitzung bin ich von verschiedenen Seiten angesprochen worden, ob es nicht zu früh für diese Motion sei. Meiner Meinung nach ist es nie zu früh, um die Herausforderungen und Probleme der Zukunft anzupacken. Gouverner c'est prévoir. Aber das braucht natürlich Mut und der fehlt dem Einwohnerrat bekanntlich. Die Wet-

tinger damals, vor 50 Jahren, waren mutiger. Sie haben die politischen Strukturen in der Gemeinde verändert und zum ersten Mal im Kanton Aargau wurde eine Gemeindeversammlung durch einen Einwohnerrat ersetzt. Und das ganz ohne Identitätsverlust.

Setzen wir heute ein Zeichen für eine starke Gemeinde in einer starken Region. Machen wir heute Abend einen ersten Schritt und beginnen wir, die politische Zusammenarbeit in der Region demokratischer zu gestalten. Darum stimmt bitte für die Überweisung der Motion und lehnt den Antrag des Gemeinderats ab. Ich bin überzeugt von der Idee der Regionalstadt und die Leute von Traktandum 1 in Baden offensichtlich auch. Ich halte an der Motion fest und bin gespannt auf die Diskussion. Danke.

Huser Michaela: Die Fraktion SVP lehnt die Motion, welche vorsieht, dass der Gemeinderat den Zusammenschluss mit der Stadt Baden und weiteren Gemeinden zu einer Regionalstadt prüft und Entscheidungsgrundlagen für einen Zusammenschluss erarbeitet, ab. Wir stehen hinter dem vom Gemeinderat eingeschlagenen Weg der Kooperation, denn die entscheidende Frage ist doch, wie wir die heutige Standortqualität von Wettingen weiterhin sicherstellen können. Mit welchen Rahmenbedingungen können wir die Attraktivität von Wettingen langfristig steigern?

- Grösse allein führt nicht zur Besserstellung einer Gemeinde. Fakt ist, dass mit zunehmender Gemeindegröße auch Mehrkosten entstehen, einerseits für die Personalführung, aber auch für Kommunikation, Planungs- und Koordinationsaufwand, Infrastrukturen etc. Auch die Entscheidungswege werden zunehmend umständlicher und dauern länger.
- Zentralisierung führt auch nicht zur Besserstellung einer Gemeinde. Zentralisierung hat verschiedene Nachteile für die Bevölkerung, die spezialisierten Amtsträger sind zu weit weg, um wirklich zu wissen, wo der Bevölkerung der Schuh drückt.
- Erfolgsfaktoren der Standortqualität sind hingegen:
 - Die Nähe zu den Bürgern: Was eine Gemeinde allein effizient und kostengünstig lösen kann, soll auch auf der Gemeindestufe erledigt werden. Diese Gemeindeautonomie hat sich bewährt.
 - Die direkte Mitbestimmung, die Einflussnahme für Wettingen schafft eine Identität, fördert die freiwillige Erfüllung von Aufgaben für die Gemeinde und vor allem ist dies eine Basis für eine zufriedene Bevölkerung.
 - Zudem gibt eine gesunde Konkurrenz zwischen den Regionen positive Impulse.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass für uns - aufgrund der oben erläuterten Punkte - eine effiziente, sinnvolle, regionale Zusammenarbeit Vorrang gegenüber von Fusionen hat. Für eine grenzüberschreitende intensive Zusammenarbeit ist eine Fusion nicht notwendig. Die Erfolgsmodelle der Verbundsaufgaben im Bereich Regionalpolizei, Zivilschutz und Bevölkerungsschutz haben dies bereits gezeigt. Diese Art von Zusammenarbeit in der Region bringt allen Beteiligten einen Mehrwert bei gleichbleibenden oder sinkenden Kosten. Zudem behält Wettingen seine eigene Identität und das Mischspracherecht der hiesigen Bevölkerung wird nicht beschnitten. Demnach stimmen wir dem Gemeinderat zu, diesen Grundsatz auch weiterhin konsequent zu verfolgen und dabei ständig das Wohl der Wettinger vor Augen zu haben

Bürgler Philipp: Es ist wichtig, dass wir hier im Einwohnerrat über so wichtige Themen wie die Regionalstadt oder die regionale Zusammenarbeit diskutieren, denn die Grenzen hören wirklich nicht an der Gemeindegrenze auf. Aber muss es ein Zusammenschluss sein? Ist das der richtige Weg? Wir sind der Ansicht, dass ein solches Vorhaben vom Volk nicht unterstützt würde. Das wird nicht allein durch den Identitätsverlust

verursacht. Einer der wichtigen Punkte ist das altbewährte Subsidiaritätsprinzip, welches bereits von Michaela Huser erwähnt wurde. Dieses trägt zum Erfolg der Schweiz bei. Wir haben diverse Themen, welche in der Gemeinde gelöst werden müssen, seien dies Schulhäuser oder Strassen. Es ist egal, was im Kappelerhof los ist. Ob dort eine Strasse saniert werden muss, können wir nicht gut beurteilen. Auch interessieren uns nur die Schulhäuser, in welchen unsere Kinder zur Schule gehen. Es ist wichtig, an dem Ort Einfluss zu nehmen, wo man es auch beurteilen kann.

Weiter ist die Grösse der Gemeinde ein wesentlicher Punkt. Es macht nur Sinn, verschiedene Organisationen zusammenzuführen, wenn sich daraus Synergien ergeben. Wenn man in kleineren Gemeinden viele Teilzeit-Stellen hat, kann man diese evtl. zusammenlegen und so Synergien schaffen, eine bessere Kommunikation erreichen, weil es in einer Personalunion geschieht. Wenn man aber wie in unserem Fall zwei riesige Verwaltungen, auch wenn diese schlank sind, zusammenführt, braucht es zusätzliche Vorgesetzte, die das Ganze koordinieren, es ergeben sich längere Entscheidungswege, dann braucht es neue Stellvertretungsregelungen und am Schluss ergeben sich mit Sicherheit keine Synergien. Aus diesem Grund ist die Fraktion FDP für eine sinnvolle regionale Zusammenarbeit und lehnt die Regionalstadt Baden-Wettingen klar ab.

Palit Orun: Die Fraktion GLP dankt Alain Burger, dass er sich so ausführlich mit dem Thema Regionalstadt auseinandergesetzt hat. Es ist wichtig, dass man diese Sache immer wieder einmal thematisiert. Für die Fraktion GLP gibt es zwei Gründe, ähnlich wie in der Privatwirtschaft, warum zwei Firmen fusionieren sollen. Der erste Grund ist die Nutzung von Synergien, z.B. wenn beide Gemeinden durch eine Fusion die Kosten senken und letztlich sogar den Steuerfuss erheblich senken könnten und die Gemeinde dadurch attraktiver würde. Der zweite Grund ist die Gewinnung von Marktanteil. Vielleicht kriegt die fusionierte Gemeinde aufgrund der neuen Grösse mehr Gehör bei Bund und Kanton und erhält dafür grössere Beiträge für allfällige Projekte. Die Fraktion GLP ist der Ansicht, dass der erste Grund der wichtigere ist, nämlich die Einsparung von Kosten. Für uns macht ein Zusammenschluss von Baden und Wettingen nur dann Sinn, wenn die Kosten und der Steuerfuss in Wettingen erheblich gesenkt werden können. Wir haben jedoch grosse Projekte vor uns, Sanierung tägi, Schulhäuser, Landstrasse usw., welche einen hohen Schuldenbetrag generieren. Ich glaube nicht, dass die Badener Bevölkerung uns behilflich sein würde, diesen Schuldenbetrag abzubauen. Somit bietet Wettingen zurzeit keine Win-Win-Situation an. Falls sich die finanzielle Situation in Wettingen wieder etwas entspannt, könnte man wieder über die Fusion Baden-Wettingen diskutieren. In der Zwischenzeit geht der Gemeinderat jedoch richtig vor und kooperiert bereits in vielen Bereichen regional wie bei Polizei, Zivil- und Bevölkerungsschutz. Daher lehnen wir die Motion ab.

Merkli Michael: Die BDP des Bezirks Baden spricht sich für den Zusammenschluss von Baden und Wettingen sowie den umliegenden Gemeinden aus. Ich nicht.

Alain, wenn ich Dir jetzt so zugehört habe, würde ich sagen, ja, wir könnten es schaffen, wenn Du der Stadtammann von Baden wärst. Du hast mich fast überzeugt. Eineflammende Rede mit viel Positivem, Energie und Leidenschaft. Im Moment fehlt mir diese Leidenschaft jedoch im politischen Umfeld, nicht nur in Wettingen, sondern in der Region, um einen solchen Herkulesakt vollbringen zu können. Du möchtest ja nicht nur Wettingen und Baden fusionieren, sondern auch die anderen Gemeinden der Region. In Würenlos gibt es keinen politischen Konsens, dass man mit irgendjemandem fusionieren möchte. Ennetbaden hat Baden bereits eine Abfuhr erteilt. Baden lehnte die Fusion mit Neuenhof ebenfalls bereits einmal ab und Obersiggenthal steckt auch in einer politischen Krise. Und nun möchtest Du, dass alle diese Gemeinden sich zusammenschliessen. Wenn jedoch so offensichtlich ist, dass die anderen Gemeinden gar nicht an einer Fusion interessiert sind, liegt es nicht nur an uns. Ich sehe keinen politischen

Konsens, dass eine solche Herkulesarbeit vollbracht werden könnte. Ich glaube auch nicht, dass dies innerhalb der Bevölkerung mehrheitsfähig wäre, jedenfalls heute noch nicht. Vielleicht sieht es in 10 bis 20 Jahren anders aus.

Du sagtest, es sei eine neue Idee. Ist sie wirklich so neu? Als ich vor 25 Jahren das erste Mal abstimmen und wählen durfte, spielten unser kantonalen Politiker noch nicht in der „Champions League“. Sie waren im schweizerischen Vergleich Leichtgewichte. Wir hatten keinen Bundesrat und konnten uns dies gar nicht vorstellen, weil wir uns sagten, wir seien ja nicht so wichtig wie die anderen Kantone. Dann gab es politische Spezialisten, die sagten, es liege nur daran, dass wir im Aargau keine Zentren, keine Städte haben. Wir können niemals wichtig sein, wenn wir keine grossen Städte haben wie Bern, Zürich oder Basel. Aber heute spielen verschiedene Politiker aus dem Aargau durchaus in der Champions League. Wir haben eine Bundesrätin und diese ist sogar ziemlich beliebt. Und die SP hat mit Pascale Bruderer ebenfalls eine Anwärterin für den Bundesrat. Das alles haben wir erreicht, obwohl wir genau gleich geblieben sind. Wir haben unsere Identität gewahrt. Historisch gesehen haben wir im Aargau nämlich viele Städte. Unsere historisch gewachsene Entwicklung kann man nicht mit einem Schlag beseitigen. Das einzige, was ich mir vorstellen kann, ist z.B. eine Fusion zwischen Wettingen und Neuenhof. Das würde ich irgendwie als sinnvoll erachten, wirtschaftlich und politisch machbar. Oder eine Fusion zwischen Ennetbaden und Baden wäre historisch gesehen auch sinnvoll. Die BDP Wettingen lehnt die Motion ab.

Benz Thomas: Ich würde nicht so weit gehen wie Michael Merkli und Alain Burger vorschlagen, aus Wettingen auszuwandern, damit er Stadtammann von Baden werden könnte, aber ansonsten hat die Fraktion CVP ebenfalls nicht viel am Hut mit den Vorstellungen von Alain Burger.

Alain, Du sagtest: "Setzen wir heute ein Zeichen." Das machen wir auch, aber in die andere Richtung. Es ist wichtig, dass wir heute ein starkes Zeichen setzen, nämlich ein starkes Zeichen für Wettingen. Der Weg, den wir eingeschlagen haben, ist der richtige. Auch wir wollen Win-Win-Situationen und Win-Win-Projekte. Diese erreichen wir am schnellsten, am besten und am effizientesten durch Zusammenarbeit und nicht durch ein Mega-Fusionsprojekt. Wir wollen auf dem eingeschlagenen Weg weiterschreiten. Es gibt für uns keinen Grund, um in den nächsten Jahren aus unserem Dorf eine Regionalstadt zu machen.

Reinert Marie-Louise: Wenn jemand die Frage betreffend Regionalstadt Baden-Wettingen stellt, muss man auch eine Antwort geben. Eine solche Diskussion im jetzigen Zeitpunkt hat noch etwas wenig Reflexionstiefe. Es wurde mehrmals der Ausdruck "ich glaube" und "ich glaube nicht" verwendet. Das zeigt recht gut, wo wir uns befinden. Wir wissen nicht, wie es sich mit diesen Synergien verhält. Wir wissen es schlachtweg nicht, denn wir haben es nicht untersucht. Diese Grundlagen müssten erst erarbeitet werden. Mir wäre es wohler, wenn man diese Zeichen in die eine oder andere Richtung heute nicht setzen müsste.

Alain Burger hat Recht mit seiner Aussage, dass eine politische und demokratische Struktur auf regionaler Ebene aufgebaut werden soll. Das wäre schon wichtig. In diesem Bereich gibt es ein Demokratie-Defizit. Dass in Wettingen die Identität und die Identifikation gross sind, erleben wir in diesem Saal sicher alle. Dass unsere Arbeit manchmal etwas Makramee-Stil hat, kann man nicht in Abrede stellen. Es ist nicht alles so transparent wie man sich dies wünscht. Uns wäre lieber gewesen, man hätte diese Diskussion verschieben können und diese Sache noch etwas reifen lassen. Man sollte sich jetzt noch nicht dafür oder dagegen entscheiden müssen.

Dieth Markus, Gemeindeammann: Ich möchte zum Einstieg beim Votum von Marie-

Louise Reinert beginnen. In der Politik vergisst man immer sehr schnell. Man hat schon mehrere Male das Thema Regionalstadt oder Stadtunion behandelt, sowohl hier in diesem Rat wie auch in den Gemeinderäten. In den damals 20 Gemeinden von Baden Regio haben 16 Gemeinden für eine Grossuntersuchung Tausende von Franken ausgegeben (Bericht Wüest und Partner, 2009). Es war eine unglaublich grosse Übung, es wurden ganze Ordner gefüllt mit Untersuchungen, es wurden Organisationsformen untersucht, Synergien und Einsparpotential gesucht, soziologische Aspekte untersucht usw. Und zwar im Jahr 2009 und nicht irgendwann in der Steinzeit.

Man hat folgende Szenarien für die Gemeindelandschaft im Bezirk Baden untersucht: Situative Zusammenarbeit, regionale Kleinzentren, bipolar oder Grossgemeinden. Auch die Kooperationsformen unter den Gemeinden wurden durchleuchtet. Dieser Bericht von Wüest und Partner kam zum Schluss, dass als erster prägender Schritt bei den Gemeinden ein gemeinsamer Wille zu geordneter Kooperation bestehe und sich klare Visionen bezüglich räumliche Feststellungen entwickeln lassen müssen. Weiter kam man zum Schluss, dass man über das Szenario "Situativ" zur Zusammenarbeit in den Kleinzentren kommen möchte. Die Conclusio daraus war, dass es von unten wachsen muss. Man muss funktionale Zusammenarbeit anstreben. Das ist der Wille des Bürgers, das sind Entwicklungen, die der Bürger auch versteht und daran interessiert ist. Man muss dort zusammenarbeiten, wo es funktional auch Sinn macht. Deshalb hat man auch aus funktionalen und nicht aus politischen Überlegungen die Kreise in Baden Regio gebildet, nämlich dort, wo es sinnvoll ist, dass man zusammen arbeitet. Im Kreis 2 haben wir bereits einige gute Zusammenarbeitsprojekte realisieren können.

Erlauben Sie mir, zu einigen Ihrer Äusserungen Stellung zu nehmen. Vor zehn Jahren, als ich im Gemeinderat begann, hat man seitens der Kantonsregierung versucht, mit zwei Grosszentren zu arbeiten. Davon kam man dann wieder ab. Man wollte das Ge-RAG realisieren, was vom Stimmvolk abgelehnt wurde. Der Kanton Aargau will solche Änderungen nicht, er will an seinen Strukturen "Kanton der Regionen" festhalten. Er will nicht einfach nur zwei grosse Zentren entlang des Speckgürtels mit einem Grosszentrum Aarau und einem Grosszentrum Baden, sondern eine regionale Ausgewogenheit. Das ist auch wirtschaftlich gesehen für den Kanton Aargau ein ganz wichtiger Aspekt. Wir haben unglaublich viele Arbeitskräfte und Stärken draussen in den Regionen. Dem muss man Sorge tragen.

Auch wenn wir mit Baden oder Neuenhof keine Konkurrenzsituation haben, gibt es doch einen gesunden Ehrgeiz, einen gesunden Stolz und eine gesunde Konkurrenz, die in einer Region positive Impulse setzen kann. Das sind grosse Erfolgsmotoren. Der demokratische Wert und die Gemeindeautonomie darf man nicht unterschätzen. Das ist eine Stärke, nicht nur der Gemeinde Wettingen oder der Region, sondern der Schweiz. Kein Land verfügt über eine solche Bürgernähe wie die Schweiz. Sie können sich nicht vorstellen, wie wir darum beneidet werden. Ich konnte mir das nie vorstellen, da ich früher nie mit Politikern im Ausland in dieser Tiefe zu tun hatte. Jeder sagt mir, wie wir überhaupt auf die Idee kommen, ein solches Gut aufzugeben.

Die soziologischen Aspekte werden in der heutigen Zeit oft zu wenig berücksichtigt und zu wenig abgeklärt. Ich glaube, die Chance unserer Gemeindestrukturen liegt darin, dass wir einen überschaubaren Lebensraum haben, diesen eigenständig mitgestalten und mitbestimmen können. Das machen die Leute gerne, sie wollen gerne mitreden und mitbestimmen. Man muss ihnen aber auch die entsprechende Möglichkeit geben. Man muss sie einbeziehen. Das bringt Stabilität.

Ein kurzer Blick ins Ausland: Denken Sie an die anonymen Vorstädte oder Banlieues wie z.B. in Paris. Dort wurden Zellen von Unzufriedenheit geschürt. Das Vertrautsein

und Verbundensein des Menschen mit seiner nächsten Umgebung gibt Geborgenheit. Wenn diese Werte wieder vermehrt und bewusst werden, wird die Ortsverbundenheit gefördert. Das ist ein ganz wichtiger Faktor auch für die Sicherheit und die Stabilität in unserer Gesellschaft.

Ich habe anlässlich der letztjährigen Demokratie-Konferenz in Deutschland mit dem Oberbürgermeister von Speyer auch über dieses Thema gesprochen. Vor 15 Jahren wurden Grossfusionen durchgeführt. Heute muss man feststellen, dass diese Fusionen die Erwartungen nicht erfüllen. Heute stellen namhafte Analysten in Deutschland fest, dass man bei Fortbestand der Selbständigkeit mehr aus eigenen Mitteln für das gesellschaftliche Niveau im Ort hätte tun können. Dass kommunale Vorhaben der eingemeindeten Orte eher zurückgestellt werden, ist eine Erfahrung von Fachleuten. Für die Fachleute zeigt sich, dass zuerst die Kernstädte kommen, dann kommen die Stadtteile. Doch nicht nur Stagnation und mangelnde Investitionen werden als negative Folge der Eingliederung festgestellt, auch das Engagement der Bürger hätte nachgelassen. Es sei anonym geworden und man fühle sich gegenüber der Stadt vernachlässigt. Das ist ein gewisses Risiko, aufgrund dessen uns Schweizern von Grossfusionen abgeraten wird. Tragen wir dem Sorge, was wir haben. Rückwärts können wir nicht mehr.

Ich bitte Sie, auch noch folgendes zu bedenken: Die Bevölkerung will nicht um jeden Preis wachsen. Man will zusammenleben und zusammenarbeiten. Zusammenarbeiten vor allem dort, wo es Sinn macht und eine Qualitätssteigerung bringt, Kosten gesenkt werden können. Das ist nicht die Auffassung von Wettingen oder der Kreis 2-Gemeinden. Das sind 25 von 26 Baden Regio-Gemeinden. Das sind die Gemeinderäte, die sich eingehend mit diesem Thema befasst haben. Gewisse Beweise, die in diese Richtung gehen, liegen ja auch vor, es wurde vorgängig bereits erwähnt. Die hochtechnisierte Welt und die Kreisläufe werden immer komplizierter und undurchschaubarer. Da kann eine Umgebung, die greifbar und begreifbar ist, wohltuend sein. Wir leben diese Aspekte und tragen diesen Sorge.

Von Orun Palit wurde vorhin erwähnt, ob wir denn als Fusionspartnerin attraktiv wären. Ob Wettingen die Verwaltung von Baden finanzieren will, ist gerade eine andere umgekehrte Frage. Diese ist nämlich fast doppelt so teuer wie unsere.

Bürger Alain: Wettingen ist gross, aber wir sind nicht so gross wie wir eben gehört haben. Durch den Zusammenschluss mit Baden werden wir nicht eine Banlieue von Paris. Michael Merkli, wenn Du willst, dass ich Stadtammann von Baden werde, braucht es eine Regionalstadt. Nur so wäre dies möglich und damit ein Pro-Argument.

Scherz beiseite: Es geht um ein sehr ernstes Thema. Man hat es schon zig Mal behandelt. Dann machen wir doch einmal den ersten Schritt. Man hat es behandelt, aber den ersten Schritt nicht gemacht. Irgendwann muss man das Thema anpacken, vielleicht wäre jetzt der richtige Zeitpunkt. Synergien gibt es. Hätten wir keine, gäbe es keinen einzigen Gemeindevertrag. Wir haben heute 20 davon, also gibt es diese Synergien. Was aber fehlt ist Demokratie. Das Demokratie-Defizit bleibt und die Subsidiarität geht nur, wie bereits gesagt, wenn wir eine Ebene dazwischen haben. Diese haben wir eben nicht.

Betreffend die Leute aus der Region: Ich kann dies zu wenig beurteilen, aber ich glaube, dass die Leute aus der Region sich nicht nur im Kreis 2 orientieren und für die Wettinger an der Hochbrücke Schluss ist, man umkehrt, um nach Spreitenbach zum Einkaufen zu fahren. In meiner Wahrnehmung ist die Bevölkerung anders unterwegs.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 10 Ja : 34 Nein, bei 2 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Die Motion Burger Alain, SP, vom 26. Juni 2014 betreffend Zusammenschluss zur Regionalstadt Baden-Wettingen wird abgelehnt.

7 Motion Scherer Kleiner Leo und Meier Obertüfer Jürg, beide WG, vom 13. März 2014 betreffend autofreie Wohnzonen; Rückzug (2014-0249)

Meier Obertüfer Jürg: Die Motionäre sind gespannt auf die Begründung des Gemeinderats, insbesondere da wir der Ansicht sind, dass es ein wesentlicher Auftrag ist, einen Bericht zu dieser Thematik zu erstellen.

Dieth Markus, Gemeindeammann: Diese Motion für autofreie Wohnzonen verlangt die Anordnung von Wohnzonen für autofreie Haushalte und eine nötige und vorausschauende Planungsmassnahme. Insbesondere geht es auch darum, energiepolitische Ziele umsetzen zu wollen.

Im Rahmen der Gesamtrevision der BNO werden nicht nur Themen wie Siedlung und Verkehr bearbeitet, sondern auch weitere sinnvolle Themen berücksichtigt. Im Zusammenhang mit der Nutzungsplanung Siedlung (Teilrevision Landstrasse, Zentrum) hat der Gemeinderat im Rahmen der Abstimmung von Siedlung und Verkehr das wichtige Anliegen für einen standortgemässen Umgang mit dem Verkehr bereits einfließen lassen. So wurde in den Planungsgrundsätzen die Zielsetzung aufgenommen, eine verkehrlich standortgerechte Gesamtlösung für die höchstmögliche Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel und des Fuss- und Veloverkehrs durch alle Netzgruppen anzustreben. Mit dieser neuen Rechtsgrundlage soll den Grundeigentümern die Möglichkeit geboten werden, in Verbindung mit Mobilitätskonzepten die Anzahl von Pflichtparkplätzen bis gegen Null reduzieren zu können. Die postulierte Anordnung von Wohnzonen für autofreie Haushalte könnte so auf freiwilliger Basis eingerichtet werden. Im Zusammenhang mit der allfälligen Baugebietserweiterung Wettingen-Ost wurde das autofreie Wohnen bereits in der Vorstudie thematisiert. Ob und in welchem Umfang diese Überlegungen im Gebiet von Neueinzonungen Eingang finden werden, wird der Planungsprozess zeigen. Der Prozess der Gesamtrevision der BNO wird durch die gemeinderäliche Planungskommission begleitet. Die Planungskommission ist zusammengesetzt aus Vertretern diverser Fraktionen des Einwohnerrats. Die Kommission unterbreitet dem Gemeinderat regelmässig Bericht und Antrag. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die bereits bestehenden Planungsinstrumente und Planungsgremien ausreichen, dass sich der Einwohnerrat über die Planungskommission genügend einbringen kann. Aus diesem Grund erachtet der Gemeinderat eine Übersteuerung dieser Planungsprozesse mittels einer Motion auch formal als falschen Weg und empfiehlt die Motion zur Ablehnung. Betreffend die postulierte Anordnung von Wohnzonen ist materiell ebenfalls eine Ablehnung beantragt. Bei der nächsten traktandierten Motion ist der Gemeinderat bereit, diese als Postulat entgegen zu nehmen.

Meier Obertüfer Jürg: Vorneweg zur Klarstellung: Wie schon der Titel der Vorstösse sagt, geht es hier um autofreies bzw. autoarmes Wohnen – und nicht um die Parkplätze des Gewerbes oder der Verkaufsgeschäfte. Ich kann durchaus nachvollziehen dass z.B. mein Kaminfeuer, ob er jetzt aus Würenlos oder Baden kommt, für sein Material auf ein Fahrzeug angewiesen ist. Es geht auch nicht um eine fundamentalistische Debatte darüber, ob ein Lebewesen mit zwei Beinen zu seiner Fortbewegung zwingend vier Räder braucht. Es geht darum, dass Personen aus Überzeugung, und freiwillig, auf ein eigenes Auto verzichten – Personen mit einem rationellen, nachhaltigen Mobilitäts-

konsum, die eingesehen haben, dass Mobilität insgesamt, inklusive Elektroantriebe und öV, kein unbeschränkt zur Verfügung stehendes Gut ist. Sind solche Leute Exoten? Sicher nicht, ein typisches Exemplar dieser Spezies steht vor Ihnen. Bewusst autofrei leben geht nämlich in Wettingen auch als Familie mit zwei Kindern sehr gut. Wir gehen zu Fuss zum Einkaufen, mit dem Velo ins tägi, mit dem Bus ins Spital, und per Zug zu Verwandten. Für allfällige unvermeidliche Sperrguttransporte können wir auf ein Fahrzeug von Mobility zurückgreifen. Das nur nebenbei als kleines Anschauungsbeispiel zum Thema "Erreichbarkeit" als Wettinger Trumpf auch in der Kategorie "autofrei". Wir, d.h. die Familie Meier, sind natürlich nicht die Einzigsten dieser Sorte in Wettingen, es ist also nicht etwa ein Privileg, kein Auto zu "brauchen".

Wenn sich jetzt eine Bauherrschaft aus dem Umfeld für ein Bauvorhaben mit dem Ziel autofreier Nutzung entscheidet, soll sie tatsächlich in teure unterirdische Parkierungsmöglichkeiten oder grünflächenfressende oberirdische Parkplätze investieren müssen? Ich finde nein.

Die Begründung des Gemeinderats scheint auf die laufende BNO-Revision zu verweisen. Zu der entsprechenden Fassung vom Dezember 2015, welche dem Mitwirkungsverfahren Landstrasse zu Grunde liegt, folgende Bemerkung: Die vorgesehene gemeindeautonome Standort-Typ-Einteilung könnte zur Folge haben, dass auf der Wettinger Seite der Seminarstrasse (Typ B) keine "autofreie" Wohnnutzung möglich ist, gegenüber auf der Badener Seite (Typ A) jedoch schon.

Dieth Markus, Gemeindeammann: Genau an dieser Sache sind wir jetzt am Arbeiten. Wir wollen nicht eine Motion entgegen nehmen, welche die Anordnung von autofreien Zonen festsetzt. Das ist nicht seriös, wenn man eine Planung macht. Man ist an der Überarbeitung der BNO. Ich spreche jetzt auch gerade für die nächste Motion betreffend Wohn- und gemischte Zonen mit reduzierter Parkplatzerstellungspflicht. Das ist, gemäss meinem Verständnis, die abgeschwächte Form der ersten Motion. Man kann in der Teilrevision Bau- und Nutzungsplanung Landstrasse nachlesen, dass wir gemäss § 45 ff. beabsichtigen, diese Grundlagen zu erstellen. Das Mitwirkungsverfahren wurde durchgeführt, es wurde in der Planungskommission diskutiert und ein Bericht wird folgen. Anschliessend wird die Teilaenderung der BNO im Einwohnerrat traktandiert und man kann darüber debattieren. Wir haben einen sauberen Planungsprozess durchgeführt. Nun den Einwohnerrat mit einer Motion zu übersteuern und den Planungsprozess auszuhebeln, scheint mir nicht richtig. Die autofreien und autoarmen Zonen müssen gewissen Vorschriften entsprechen. Die öV-Erschliessungswege müssen sichergestellt sein. Wir haben autoarme oder autofreie Nutzungen in bestimmten Gebieten, die jetzt noch genau untersucht werden müssen, vorgesehen, wo Bauvorhaben mit ausdrücklicher Zielsetzung der autoarmen und autofreien Nutzung zulässig sein sollen. Das ist heute genau das Problem, da wir eine Parkplatzerstellungspflicht haben, die uns vielleicht die schönen Gärten wegnimmt. Das können wir nachvollziehen und teilen die Meinung der Motionäre. Die Herabsetzung minimal erforderlicher und maximaler zulässiger Parkfelder ist dann möglich, bedingt aber die entsprechenden Bewilligungsvoraussetzungen, ein Mobilitätskonzept, welches erarbeitet und umgesetzt wird. Der Gemeinderat ist zuständig für dessen Genehmigung. Das Mobilitätskonzept wird in einem solchen Fall letztendlich Bestandteil einer Baubewilligung. Das ist unsere Absicht, an welcher wir zusammen mit der Planungskommission am Arbeiten sind. Es geht auch nicht an, dass man ein Gebiet autofrei erklärt und die Bewohner desselben ihre Autos einfach in ein anderes Quartier stellen. Das gilt es zu verhindern. Daher bitten wir Euch, lasst uns daran arbeiten. Daher sind wir auch bereit, die nächste Motion als Postulat entgegen zu nehmen.

Pauli Christian: Lieber Jürg, ich bin begeistert, wie Du Deine Spezies, Deine spezielle Art, autofrei zu leben, rübergebracht hast. Sie ist für mich sehr speziell, denn ich werde

sie nie nachvollziehen können.

Wir reden hier von Wohnzonen, sagen wir einmal vier bis fünf Mehrfamilienhäuser à acht bis neun Wohnungen. Willst Du mir im Ernst glaubhaft machen, dass die drei bis vier Besucherparkplätze ausreichen? Das glaube ich nicht. Diese Leute parkieren dann einfach ausserhalb dieser autofreien Wohnzonen.

Scherer Kleiner Leo: Zuerst möchte ich klarstellen, dass hinter diesen Motionen nicht die Taktik steht, eine radikale und eine weniger radikale Forderung zu stellen. Es handelt sich dabei um zwei Begriffe, welche im Baugesetz stehen. Dies hat seinen Grund: Autoarme Zonen möchte man in einem möglichst grossen Gebiet realisieren. Dahinter stehen die Gründe Luftreinhaltung, Energiepolitik und Lebensqualität. Hingegen autofrei wohnen ist in erster Linie eine Philosophiefrage, eine Lebensqualitätsfrage. Warum reden wir von Zonen? Es macht keinen Sinn, in einem Einfamilienhausquartier mit 200 Parzellen nur einzelne Parzellen autofrei zu erklären. Damit lässt sich die Qualität, welche autofreie Siedlungsteile ergeben sollen, nicht erreichen. Es geht nicht darum, dass man selber nicht Auto fährt, sondern dass man an einem Ort lebt, wo man vom Autolärm verschont wird, abgesehen von einzelnen Ausnahmen wie z.B. die Versorgungsbetriebe.

Gemäss unserer Formulierung sollen diese Forderungen im Zuge der Gesamtrevision der BNO erfolgen. Wir verlangen keine separate Behandlung. Wir verlangen, dass das ganze Gemeindegebiet systematisch abgeklappert wird, ob es überhaupt Gebiete gibt, wo es aufgrund objektiver Kriterien möglich wäre, autofreie Zonen anzurufen. Auch sagen wir, "soweit möglich und soweit sinnvoll". "Soweit möglich" verweist eher auf objektive Kriterien, "soweit sinnvoll" ist ein Planungsermessens des Gemeinderats und der Planungskommission als Fachgremien und am Schluss des Einwohnerrats. Das kann zum Ergebnis führen, dass man mehrheitlich zur Auffassung kommt, dass man dies nicht will. Uns wäre es lieber, man würde die Grundlagen zuerst erarbeiten, damit man überhaupt weiß, worum es geht, ob es möglich wäre oder nicht und die Planung nicht mit geschlossenen Augen macht. Immerhin ist die kantonale Gesetzesbestimmung auch schon ziemlich alt. Diese soll umgesetzt und konkretisiert werden. In diesem Sinn ist es für mich inkonsistent, wenn der Gemeinderat bei dieser Motion eine Ablehnung empfiehlt und die nächst als Postulat entgegennehmen will. Ich könnte mich sehr wohl damit einverstanden erklären, wenn der Gemeinderat sich bereit erklären würde, auch das Thema "autofreie Wohnzonen" als Postulat entgegen zu nehmen und im weiteren Planungsprozess zu bearbeiten mit entsprechender Berichterstattung, woraus ersichtlich wird, was überhaupt möglich wäre.

Suter-Schmid Helen: Es ist logisch, dass sich nicht alle Leute vorstellen können, ohne Auto zu leben, aber ich kann die Lebenshaltung von Jürg Meier Obertüfer bestätigen. Wir haben seit 25 Jahren kein Auto und haben drei Kinder gross gezogen. Es ist auch als fünfköpfige Familie möglich, dank guter Nachbarschaft oder Mobility, wenn ein Auto denn unbedingt einmal benötigt wird. Hier geht es darum, dass das autofreie Leben auch gelebt werden kann. Es freut mich zu hören, dass man dies in der BNO auch behandeln wird. Wenn wir dies jetzt klar abschmettern, was ich nicht hoffe, kann es sein, dass es bei der Revision der BNO dann heisst, der Einwohnerrat habe es damals abgelehnt, man müsse es nicht so ernst nehmen. Mir ist es wichtig, dass dieses Thema ernst genommen wird und wir diese Motion zumindest als Postulat überweisen könnten.

Koller Paul, Einwohnerratspräsident: Leo Scherer, ich habe eine Verständnisfrage: Hast Du Deine Motion zurückgezogen und in ein Postulat umgewandelt?

Scherer Kleiner Leo: Ich habe die Bereitschaft bekundet, dass ich mit der Umwand-

lung der Motion in ein Postulat einverstanden wäre, unter der Voraussetzung, dass der Gemeinderat dann auch bereit ist, dieses entgegen zu nehmen. Ich habe den Fraktionsberichten entnehmen können, dass die grossen Parteien der Empfehlung des Gemeinderats folgen wollen. Also muss sich der Gemeinderat äussern.

Wir befinden uns hier in einem Spezialistengebiet, wo ich begreife, dass sich nicht alle fundiert damit befassen wollen. Es ging mir aber nie darum, Winkelzüge zu machen, sondern es ist mir ein echtes Anliegen, dass die Thematik autofreie Wohnzonen und die Thematik autoarme Gebiete im Rahmen des Planungsverfahrens seriös bearbeitet werden. Ich habe jetzt gehört, dass dies auch gemacht wird. Ich habe übrigens auch gesehen, dass im Budget 2016 Fr. 50'000.00 eingestellt sind für die Motionen Scherer.

Dieth Markus, Gemeindeammann: Ich kann jetzt nicht eine Gemeinderatssitzung abhalten, um zu diskutieren, ob der Gemeinderat allenfalls bereit wäre, seine Meinung zu ändern. Der Gemeinderat hat sich mit dieser Motion eingehend befasst und ist zum vorliegenden Ergebnis gekommen, mit der Begründung, welche ich Ihnen vorher erläutert habe.

Es geht in dieser Motion "für autofreie Wohnzonen" um die Anordnung von Wohnzonen für autofreie Haushalte gemäss Baugesetz. Bei der Motion "für Wohn- und gemischte Zonen mit reduzierter Parkplatzerstellungspflicht", das ist die nächste Motion, wo sich der Gemeinderat bereit erklärt, sie als Postulat entgegen zu nehmen, geht es darum, im Zuge der Gesamtrevision das gesamte Siedlungsgebiet daraufhin zu prüfen, ob und inwieweit sich Wohnzonen und gemischte Wohn- und Gewerbezonen jeder Art für autoarmes Wohnen eignen und über die Ergebnisse dieser Prüfung detailliert Bericht zu erstatten. - Dies ist für den Gemeinderat nicht eine eigentliche Motion, sondern sie hat einen starken Postulats-Charakter. Da wir im Rahmen der Überprüfung der BNO dies bereits bearbeiten, sind wir bereit, die nächste Motion damit als Postulat entgegen zu nehmen.

Wir können die Begriffe autofrei und autoarm sowieso nicht vollständig trennen. Die Frage wird sich in der Planungskommission in jedem Fall stellen und Sie werden zu einem späteren Zeitpunkt auch wieder darüber debattieren können.

Über eine Entgegennahme als Postulat kann ich hier nicht diskutieren, da der Gemeinderat die Ablehnung der Motion beschlossen hat. Wenn die Motionäre die Umwandlung in ein Postulat beschliessen, liegt es an Ihnen als Einwohnerräte, zu entscheiden, ob Sie das wollen oder nicht.

Meier Obertüfer Jürg: Wir ziehen die Motion zurück. Wir werden uns bei der Planungskommission detailliert informieren, welche Einflussmöglichkeiten bestehen, damit möglicherweise etwas zustande kommt, was in unserem Sinn ist.

8 Motion Scherer Kleiner Leo und Meier Obertüfer Jürg, beide WG, vom 13. März 2014 betreffend Wohn- und gemischte Zonen mit reduzierter Parkplatzerstellungspflicht; Ablehnung und Entgegennahme als Postulat (2014-0250)

Meier Obertüfer Jürg: Die Motionäre danken für die Entgegennahme als Postulat und sind mit der Umwandlung einverstanden.

Wolf Thomas: Die Fraktion SVP möchte einerseits die Motion nicht unterstützen und den vom Gemeinderat gestellten Antrag auf Umwandlung in ein Postulat ebenfalls ablehnen. Leo Scherer hat vorhin bereits gesagt, wir seien inkonsequent, die eine Motion abzulehnen und die andere als Postulat entgegen zu nehmen. Also sind wir konse-

quent und sagen zwei Mal nein.

Die Bau- und Planungsabteilung ist bereits daran, die Bau- und Nutzungsordnung zu überarbeiten. Daher bringt es nichts, wenn wir jetzt voreilen und Forderungen stellen. Wenn jetzt wieder ein Einwand kommt, wird das Verfahren wieder in die Länge gezogen. Wir sind der Meinung, dass es Aufgabe der Planungskommission ist, solche Anträge innerhalb der Revision zu prüfen. Leo, wenn Ihr in diesem Bereich Einfluss nehmen wollt, könnt Ihr das in der Planungskommission direkt einbringen. Dies jetzt hier im Einwohnerrat zu diskutieren, bringt nichts.

Die Fraktion SVP stellt den Antrag, das Postulat sei abzulehnen und hofft auf die Unterstützung der bürgerlichen Parteien.

Scherer Kleiner Leo: Betreffend Konsequenz und Inkonsequenz: Gemäss meinem Wissensstand ist man daran, die Gesamtüberarbeitung der BNO vorzunehmen. Das Verfahren hat jedoch seine Tücken. Man löst gewisse Bereiche heraus, macht eine Teilrevision usw. Wir möchten, dass für das Thema autoarmes Wohnen das ganze Siedlungsgebiet unter diesem Aspekt betrachtet wird und schlussendlich die Bereiche, wo es möglich ist, bezeichnet und definiert, inwieweit dort die bestehende Parkplatzerteilungspflicht reduziert werden kann. Wenn dies im jetzigen Planungsverfahren wirklich gemacht wird, ist es deckungsgleich mit unserem Vorstoss. Wir haben schon mehrmals Vorstösse der SVP behandelt, in welchen Dinge verlangt wurden, die bereits am Laufen waren. Im März 2014, als ich diesen Vorstoss einreichte, war noch nicht so klar, was in Sachen BNO-Revision wirklich läuft. Wenn mein Vorstoss inhaltlich deckungsgleich mit der Absicht des Gemeinderats ist, kann der Gemeinderat dieses Postulat entgegen nehmen und im Dossier als einer der zu bearbeitenden Aufträge mitführen. In diesem Sinn möchte ich die nicht der SVP angehörenden bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen bitten, hier nicht einem Ablehnungsreflex Scherer zu folgen, sondern wirklich sachlich zu entscheiden.

Scheier Ruth: Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats, diese Motion als Postulat entgegen zu nehmen. Da es sich ja nun um ein Postulat handelt, haben wir ebenfalls noch einen Input. Ich wohne autofrei, was gut funktioniert. Als ich aber damals meine Wohnung bezog, legte mir mein Vermieter nahe, ich soll doch zusätzlich einen Parkplatz für Fr. 120.00/Monat mieten. Da ich diesen nicht brauchte, konnte ich dies auch problemlos ablehnen. Kurz darauf habe ich festgestellt, dass es bei mir in der Gegend einige öffentliche Parkplätze gibt, mit Parkkarte A/B unbeschränkt nutzbar, für Fr. 35.00/Monat. Hier nun mein Anliegen: Es soll verhindert werden, dass es eine Verlagerung auf die öffentlichen Parkplätze gibt. In diesem Zusammenhang sollten vielleicht auch die Parkgebühren überprüft werden.

Reinert Marie-Louise: Wenn man ein Anliegen für die neue BNO hat, kann man dieses bei der Bau- und Planungsabteilung anmelden. Man hat mir dort gesagt, dass diese Anliegen gesammelt und zu gegebener Zeit im Detail angeschaut, gewichtet und eingebaut werden.

Es gibt einen kommunalen Gesamtplan Verkehr, welcher aufgrund höherer Sachzwänge zum Ziel hat, das Verkehrsaufkommen in der Gemeinde und der Region so zu planen, dass die dem Verkehr zur Verfügung stehenden Räume gefüllt, aber nicht überfüllt werden. Dieses Problem kennen wir wahrscheinlich alle, ob wir autofrei, autoarm oder mit Auto leben.

Ich glaube, der Antrag der SVP, das Thema gemäss vorliegendem Postulat nicht förderlich zu behandeln, wäre kein Zeichen, welches in die reale Verkehrssituation der Gemeinde Wettingen und der gesamten Gegend passt. Es ist nötig, dass wir als Ein-

wohnerrat dieses unterstützen, um damit das Gewicht dieses Papiers auf der Beige der Anliegen für die anstehende BNO-Revision zu erhöhen. Es ist mein Wunsch, dass wir das Postulat Scherer förderlich anschauen und nicht ablehnen.

Dieth Markus, Gemeindeammann: Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, das Postulat entgegen zu nehmen. Da dies nun bestritten ist, möchte ich mich dazu nochmals kurz äussern. Autoarme Zonen anzurufen bedeutet, dass Sie als Bauherr in einem bestimmten Gebiet keine Parkplätze erstellen dürfen. Wenn die Voraussetzungen gegeben sind, in einem Gebiet die Möglichkeit für autoarme oder autofreie Zonen vorzusehen, sind wir bereit, dies zu prüfen. Im vorliegenden Postulat geht es darum, autoarme Zonen zu prüfen. Dazu sind wir bereit. Wir wollen jedoch nicht, dass in bestimmten Gebieten nur gebaut werden darf, wenn man keine Parkplätze erstellt. Daher sind wir in diesem Fall bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und dieses entgegen zu nehmen.

Baumann Jürg: Es gibt eine VSS-Norm, welche die Anzahl Parkplätze definiert. Es ist heute schon möglich, ohne die BNO zu ändern, eine Parkplatzreduktion zu bewilligen, siehe z.B. Liegenschaft Fries. Dort hat man damals eine Reduktion verlangt, da sich die öV in unmittelbarer Nähe befinden. Aus diesem Grund muss das Postulat nicht angenommen werden. Man kann mit den heutigen Gesetzen bereits eine Parkplatzreduktion beantragen und bewilligen.

Scherer Kleiner Leo: Es ist richtig, dass die VSS-Norm diesen Spielraum gibt, aber diesen Spielraum gibt es nur bis zu einer untersten Schwelle. Es sind aber auch einzelne Fälle denkbar, wo man bis relativ nahe gegen Null, also unter den Bereich der VSS-Norm gehen könnte. Ich denke hier z.B. an das Gebiet Bahnhof, wo auch eine Planung im Gange ist. Besser erschlossen mit öV kann man in Wettingen nicht sein. Dort könnte ich mir vorstellen, dass ein Investor evtl. froh wäre, wenn er nicht Hunderttausende oder Millionen von Franken in Tiefgaragen investieren muss, die nachher nicht vermietbar sind. Wenn das Baugesetz die Möglichkeit schon vorsieht, wäre es sinnvoll, wenn wir dies in unserer Bau- und Nutzungsordnung konkretisieren. Das bringt mehr als die VSS-Norm, welche übrigens eine rein technische Norm ist.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja : 17 Nein, bei 0 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Die Motion Scherer Kleiner Leo und Meier Obertüfer Jürg, beide WG, vom 13. März 2014 betreffend Wohn- und gemischte Zonen mit reduzierter Parkplatzerstellungspflicht wird als Motion abgelehnt und als Postulat überwiesen.

9 Motion Scherer Kleiner Leo, WG, vom 13. März 2014 betreffend Bezeichnung von Gebieten für die innere Verdichtung und Siedlungsneuerung; Rückzug (2014-0251)

Scherer Kleiner Leo: Ihr habt den Motionstext lesen können. Es geht mir darum, dass wir die Wachstumsziele (Wettingen 25'000 Einwohner) sehr wahrscheinlich nicht auf der grünen Wiese realisieren können, sondern dass es nötig sein wird, die inneren Reserven zu mobilisieren. Wenn man das machen will, muss man sich dazu auch die klaren Planungs- und Umsetzungsinstrumente geben. Das ist der Kerngedanke meines Vorstosses. Ich möchte, dass im Zuge der Gesamtrevision der BNO diese Thematik sehr genau angeschaut wird, dass uns ein Bericht vorgelegt wird, damit wir anschliessend die Möglichkeit haben, gut informiert zu debattieren. Ich glaube, wir wissen aus Erfahrung, dass es nichts bringt, einfach nur die Ausnützungsziffer zu erhöhen. Das

funktioniert nicht. Das hat beim letzten Planungszyklus nicht funktioniert und gibt als Ergebnis keine gute Siedlungsqualität. Es ist besser, auf eine Art und Weise vorzugehen, wie ich dies in meinem Vorstoss skizziere.

Ich habe mich sehr vom Zürcher Bau- und Planungsgesetz inspirieren lassen, welches das Instrument der Quartiererneuerungsplanung kennt, wo man in einem gebauten, aber tief genutzten Quartier alles zusammenwirft, was vorhanden ist, eine Aufzonung macht und am Schluss das Nutzungsrecht neu zuteilt, entsprechend dem, was die Eigentümer vorher eingeworfen haben. Das ist eine Möglichkeit, um in gewissen Gebieten ganz gezielt zu sagen, hier räumt man jetzt einmal alte Bausubstanz ab, die überholt und nicht genügend dicht ist, nicht die Funktion hat, die man an diesem Ort im ganzen Siedlungszusammenhang eigentlich haben möchte, und plant etwas Neues, was höher genutzt ist und die Eigentümer nachher besser bedient sind als vorher. Das ist in etwa der Grundgedanke und ich finde es schade, dass der Gemeinderat diesen Grundgedanken offensichtlich nicht aufnehmen will. Ich bin sehr gespannt darauf, welches die konkreten Gründe dafür sind.

Dieth Markus, Gemeindeammann: Die Anliegen des Motionärs werden im Rahmen des ordentlichen Planungsverfahrens bearbeitet und im dafür vorgesehenen Prozessschritt des Mitwirkungsverfahrens dann zur Diskussion gestellt. Es ist absolut unnötig, dafür eine Motion einzureichen. Es ist nicht so, dass wir uns dem Anliegen des Motionärs verschliessen, das möchte ich betonen. Man muss die innere Verdichtung und die Siedlerneuerung im Rahmen der BNO-Revision und mit den vorliegenden Bevölkerungsprognosen in jedem Fall prüfen. Das ist eine grosse Herausforderung, an welcher wir bereits arbeiten.

Ich möchte nochmals betonen, dass es nicht die Absicht des Gemeinderats ist, dass die Bevölkerungszahl von Wettingen auf 25'000 Einwohner anwächst. Gemäss Bevölkerungsprognose 2040 erwartet man übrigens 27'000 Einwohner. Der Gemeinderat ist jedoch der Meinung, dass er sich verantwortungsvoll mit dieser Prognose auseinander setzen muss. Daher wird auch die innere Verdichtung und die Siedlerneuerung geprüft, aber nicht zuerst im Einwohnerrat, sondern auf dem dafür vorgesehenen Planungsprozess via Planungskommission, Mitwirkungsverfahren usw.

Es sind noch andere Dinge zu berücksichtigen, nicht nur diejenigen, die der Motionär in seinem Vorstoss erwähnt. Dabei muss man aufpassen. Wenn man diese Motion annimmt, muss man alles andere ausblenden, denn es ist eine Motion. Soll man dann das städtebauliche Leitbild oder das ganze Freiraumkonzept auch noch berücksichtigen oder nicht? Da es in der Motion nicht explizit erwähnt ist, also nicht. Ich bitte Sie, jetzt nicht bewährte Planungsprozesse durch- oder unterzusteuern, damit wir anschliessend in der Planungskommission kaum noch weiterarbeiten können. Das finde ich nicht sinnvoll. Ich möchte jedoch betonen, dass die Stossrichtung der Motion richtig ist und wir die Punkte, welche der Motionär erwähnt, im Rahmen des ordentlichen Planungsverfahrens bearbeiten werden. Insofern ist der Vorstoss überflüssig und ich bitte Sie, dies aus formaljuristischen Gründen abzulehnen. Er gehört nicht hierher und unterwandert unseren gesamten Planungsprozess.

Scherer Kleiner Leo: Es liegt mir natürlich fern, den Gemeinderat und die Planungskommission in ihrer wirklich guten Marschrichtung zu behindern. Ich ziehe diese Motion daher zurück. Ich werde aber natürlich genau hinschauen, was bei diesem Planungsprozess heraus kommt.

10 Motion Scherer Kleiner Leo, WG, vom 13. März 2014 betreffend Festlegung von differenzierten Wohnanteilsvorschriften in der Bau- und Nutzungsordnung; Ablehnung (2014-0252)

Scherer Kleiner Leo: An dieser Motion werde ich festhalten, da ich wissen will, wer welche Haltung hat.

Wir haben im Jahr 1990 aufgrund des damaligen Planungsverfahrens einen Bericht erhalten mit dem Titel "Der Wohnungsmarkt in Wettingen - aktuelle Situation, Entwicklungstendenzen, Probleme und Massnahmenvorschläge". Als ich meine Motion schrieb, schwiebte mir etwas in diesem Sinne vor, dass man nach heutigen Gegebenheiten wieder einmal genauer hinschaut, wie die aktuelle Lage im Bereich Wohnen ist. Über welche Wohnungen verfügen wir? Welche Wohnungen werden nachgefragt? Darüber soll geklärt werden, ob sich das Angebot mit der Nachfrage deckt. Als erstes ging es mir darum, in diesem Bereich eine Informationsbasis zu erhalten. Zweitens empfehle ich, für den Fall, dass sich herausstellen sollte, dass für Leute mit kleinen Einkommen zu wenig Wohnungen vorhanden sind, Wohnanteilsvorschriften zu erlassen, die den Mietpreis berücksichtigen, anstatt die Sozialhilfekosten immer weiter ansteigen zu lassen. Ich bin gespannt, welche konkreten Gründe den Gemeinderat veranlassen, diesen Vorschlag nicht umzusetzen und die Motion zur Ablehnung zu empfehlen.

Dieth Markus, Gemeindeammann: Es gibt keine Vorgaben, was unter erschwinglichem Wohnraum zu verstehen ist. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig. Es ist auch nicht gesetzlich geregelt, was richtig ist. Die Schwelle des Erschwinglichen ist individuell und von jeder Person, unter Gewichtung der eigenen Bedürfnisse, abhängig. Für den Gemeinderat liegt der Hauptgrund der Ablehnung darin, dass es hier wieder zu einer Objektfinanzierung kommt, mit einem tiefen Eingriff in grundeigentümerverbindliche Vorschriften. Wir sind der Meinung, dass dies nicht der richtige Weg ist. Wir sind auch vor dem Hintergrund der Planbeständigkeit der Meinung, dass es gesetzlich nicht möglich ist, innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen der Planbeständigkeit von 15 Jahren neue veränderte Situationen einzustellen und aktiv einzubringen. Weiter sind wir auch der Meinung, wie bereits vorhin ausgeführt, dass der Eingriff in die bewährten Planungsprozesse nicht der richtige Weg ist. In diesem Sinne lehnen wir die Motion ab und bitten Sie, diesem Antrag zu folgen. Was wir in Aussicht stellen können ist, dass dem Motionär eine Liste mit den erstellten Alterswohnungen gemäss Verordnung vom 5. August 1976 wie gewünscht zugestellt wird.

Scherer Kleiner Leo: Die Möglichkeit, mit der spezifischen Wohnanteilsvorschrift dafür zu sorgen, dass für alle Einkommenssegmente der Bevölkerung auch entsprechender Wohnraum realisiert wird, ist nichts, was ich erfunden habe. Ernst Basler und Partner haben das im Auftrag des Bundesamts für Wohnungswesen in einem Bericht als eine Möglichkeit aufgeführt, die ich sehr sinnvoll finde. Ich finde es nach wie vor vernünftig, in diese Richtung zumindest Abklärungen zu treffen und zu klären, ob man etwas machen will. In der Motion steht ja, „klärt die Sachlage“ und aufgrund dieser kann man dann prüfen, was in welchem Mass machbar ist. Ich überlasse es Euch, ob Ihr auch wünscht, dass man diese Situation einmal abklärt.

Palit Orun: Wir lehnen die Motion ab und haben die Sachlage unsererseits etwas analysiert. Wenn man im Rechenschaftsbericht die Statistik der Steuerzahlen ansieht, stellt man fest, dass 2/3 der Bevölkerung über ein Einkommen von Fr. 0.00 – Fr. 60'000.00 verfügt und 2,5 % ein Einkommen von über Fr. 200'000.00 versteuern. Daher denken wir, dass Wettingen bereits heute über eine gute Durchmischung verschiedener Vermögensgruppen verfügt und somit auch eine gute Durchmischung von erschwinglichen bis teuren Wohnungen und Häusern hat. Unserer Meinung nach könnte Wettingen eher

noch ein paar steuerkräftigere Familien vertragen.

Rüfenacht Jürg: Leo, nur ein bisschen abklären geht nicht. Es handelt sich um eine Motion, die Du da einreichst. Die Fraktion CVP will keine Vorschriften über Anteile von Sozialwohnungen in der BNO, denn wir wollen grundsätzlich keinen staatlichen Sozialwohnungsbau. Daher lehnen wir diese Motion ab. Es darf nicht Aufgabe der Gemeinde sein, in einen funktionierenden Wohnungsmarkt einzugreifen und objektfinanziert sozialen Wohnungsbau zu betreiben.

Merkli Michael: Wenn ich den Punkt 1 der Motion lese, wird dazu aufgefordert, dass man genaue Abklärungen trifft. Aber ich kann mich daran erinnern, dass Lea Schmidmeister bereits zu einem früheren Zeitpunkt eine Kleine Anfrage oder eine Interpellation eingereicht hat, worauf man ziemlich detailliert abgeklärt hat, wie viel günstiger Wohnraum vorhanden ist. Sie schüttelt den Kopf, aber es ging um Wohnraum. Jedenfalls wurde bereits kürzlich aufgezeigt, dass es in Wettingen eine relativ grosse Anzahl Wohnungen gibt, die günstig sind.

Mich stört Punkt 2 am meisten. Die BDP ist nicht erfreut darüber, dass man sozialen Wohnungsbau realisieren will. Dann müsste die Gemeinde Land kaufen und Steuergelder zur Finanzierung verwenden. Wir können ja nicht Privatunternehmen dazu verpflichten, Sozialwohnungen zu bauen. Es kann nicht sein, dass wir eine gewisse Bevölkerungsgruppe mit Steuergeldern bevorzugen. Das können wir uns im Moment nicht leisten. Daher lehnen wir die Motion ab.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 12 Ja : 31 Nein, bei 2 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Die Motion Scherer Kleiner Leo, WG, vom 13. März 2014 betreffend Festlegung von differenzierten Wohnanteilsvorschriften in der Bau- und Nutzungsordnung wird abgelehnt.

11 Postulat Meier Obertüfer Jürg, WG, und Wetzel Josef, SP, vom 4. September 2014 betreffend Velostation-Basisangebot beim Bahnhof Wettingen; Rückzug (2014-0835)

Meier Obertüfer Jürg: Ich bin gespannt auf die Begründung des Gemeinderats und möchte mich anschliessend dazu äussern.

Maibach Markus, Gemeinderat: Ich möchte betonen, dass der Gemeinderat nicht gegen eine Velo-Station ist, sondern er ist gegen diese spezifische Form, die den ursprünglich angedachten Weg verkompliziert oder gar konkurrenziert.

Wir haben ein Postulat bezüglich Velo-Station seit 2010 auf dem Tisch. Dieses Postulat ist so angedacht, und auch vom Bund (Agglomerationsprogramm) unterstützt, dass wir nicht mit den bestehenden Velo-Parkplätzen etwas Anderes machen, sondern daneben zusätzliche Velo-Parkplätze und dadurch einen Mehrwert schaffen. Ohne Mehrwert zahlt niemand für eine Velo-Station. Wir sind der Meinung, dass eine reine Abschliessung keinen grossen Mehrwert bringt, sondern dass es eher dazu führt, dass das Velo-Parking-Angebot verknapppt wird. Wir kennen die Situation in Baden. Die Velo-Station zeigt gut, wenn man den Mehrwert am falschen Ort schafft und einen hohen Preis verlangt, dann bleibt sie leer. Aus diesem Grund beabsichtigen wir, dass wir zusammen mit der SBB im Rahmen des Gestaltungsplans an einer neuen Velo-Station arbeiten und den ursprünglich angedachten Weg beibehalten. Eine Kooperation mit badenmobil

schliessen wir nicht aus. Ich glaube, es lohnt sich jetzt, Erfahrungen zu sammeln, was in Baden passiert. Wir haben aus unserer Sicht im Moment keinen dringenden Handlungsbedarf, mit bestehenden Velo-Parkplätzen etwas zu machen, was am Schluss kontraproduktiv ist.

Wir nehmen die Anregung aber gerne entgegen, insbesondere bezüglich Kooperation, aber wir lehnen das Postulat ab, damit wir unser ursprüngliches Vorhaben, welchem ebenfalls ein politischer Vorstoss zugrunde liegt, nicht konkurrenzieren.

Meier Obertüfer Jürg: Nochmals kurz als Information: Das Postulat war gedacht als Anstoss, um beim Bahnhof Wettingen eine Velo-Station zu realisieren auf der Basis der kürzlich neu erstellten Velo-Abstellplätze, vor allem unter Ausnutzung der planerischen und betrieblichen Synergien mit der Stadt Baden, welche sich ungefähr zur gleichen Zeit daran gemacht hat, ihre Velo-Station zu realisieren.

Unser Postulat steht aktuell in Konkurrenz oder im Gegensatz zum bisher verfolgten Ansatz, irgendwann einmal ein separates Projekt zu realisieren, evtl. mit Kosten von über einer Million Franken. Das Zeitfenster für eine gemeinsame Planung mit den Kollegen in Baden ist zwischenzeitlich wieder geschlossen und der Schwung der erfolgreichen grenzüberschreitenden Limmatbrücken-Sanierung scheint leider auch wieder verebbt. Somit ist die Dringlichkeit dieses Postulats verloren gegangen. Aus diesem Grund bin ich auch bereit, das Postulat zurückzuziehen und warte gespannt auf das weitere Vorgehen betreffend Umsetzung des ursprünglichen Postulats von Joseph Wetzel.

In der Sache selber möchte ich noch zwei Bemerkungen machen: Keinesfalls sollen jetzt die Kosten der Velo-Station in Baden oder der möglicherweise harzige Betriebsstart als Argument herhalten, in Wettingen nichts zu machen oder das Projekt zu verzögern. Wenn die Leute denken, man habe mit der Velo-Station in Baden keine guten Erfahrungen gemacht, so kann ich dem nur meine eigenen positiven Erfahrungen entgegenstellen. Ich habe diese auch schon benutzt und sie funktioniert und erfüllt ihren Zweck vollauf. Es ist sogar so, dass mir die Erfahrungen, die ich in Wettingen mit dem oberen Stock der zweistöckigen Velo-Parkieranlage gemacht habe, jetzt in Baden voll zugutekommen.

12 Postulat Feri Celina, SP, vom 12. März 2015 betreffend farbige Gestaltung der "Milchkannen"-Signalisation; Ablehnung (2015-0242)

Feri Celina: Ich danke für die Bearbeitung des Postulats und bitte um die Begründung des Gemeinderats für die Ablehnung.

Maibach Markus, Gemeinderat: An sich handelt es sich vorliegend um einen sympathischen Vorstoss. Wir kennen die Situation, als vor zwei Wochen ein Architekt bzw. Künstler eine Geschwindigkeitskontroll-Anlage eingefasst hat. Es ist also durchaus ein aktuelles Thema. Niemand von uns findet, dass die Milchkannen ein gewaltiges Aus-hängeschild der Gestaltung sind.

Trotzdem gilt es, ein paar Elemente zu berücksichtigen. Wir haben dafür auch umfangreiche Abklärungen bei der Regionalpolizei, dem Departement Bau, Verkehr und Umwelt und unserer Ortsbildkommission getroffen, damit wir ein umfassendes Argumentarium haben. Man muss unterscheiden zwischen der Funktionalität, der Sicherheit und dem Ortsbild. Aus Sicht der Polizei und des Departements BVU, Abteilung Sicherheit, ist es klar: Wenn diese Milchkannen ablenken oder tarnen, wird dies für die Funktionalität der Verkehrssignalisation als kritisch erachtet. Dies könnte insbesondere dann passieren, wenn wir bei allen Milchkannen „Villa Kunterbunt“ machen. Das Departement

BVU hat jedoch kein absolutes Verbot ausgesprochen, aber wenn über dem weissen Sicherheitsstreifen der Milchkannen eine Veränderung erfolgt, wird dies als kritisch erachtet. Die Ortsbildkommission hat insbesondere die Torwirkung dieser Milchkannen hervorgehoben. Sie sind deshalb auch ein räumliches Gestaltungselement, welches klar erkennbar sein und nicht verfremdet werden soll.

Es gibt wenige Argumente und Möglichkeiten, die Milchkannen anders zu gestalten. Ich möchte jedoch nicht ausschliessen, dass wir im Rahmen der Sanierung dieser Milchkannen irgendwann über Farbe diskutieren werden. Aber es darf in keinem Fall im grossen Stil, wie die Postulantin vorschlägt mit Schulklassen, etwas verändert werden. Daher nehmen wir es als Anregung gerne entgegen, aber beantragen die Ablehnung des Postulats.

Feri Celina: Besten Dank für die Erläuterung. Für mich persönlich führen die angeführten Gründe nicht zu einer Ablehnung meines Postulats. Das vorgeschlagene Projekt ist kaum mit Kosten verbunden und wertschätzt unsere Wettinger Schülerinnen und Schüler. Zudem würde es zu einem freundlicheren Ortsbild beitragen.

Als die Milchkannen in unseren Tempo 30-Zonen aufkamen, erhielt ich mehrere negative Rückmeldungen der Wettinger Bevölkerung. Das hat mich auch veranlasst, dieses Postulat einzureichen. Ich werde an diesem Postulat festhalten und sehe auch bezüglich Verkehrssicherheit kein Problem. Ich glaube nicht, dass bemalte Milchkannen die Verkehrssicherheit gefährden. Ich bedanke mich für Eure Unterstützung.

Egloff Martin: Ich bin ein wenig enttäuscht über die vom Gemeinderat empfohlene Ablehnung dieses Postulats.

Gerade in der gestrigen Aargauer Zeitung wurde von einer Guerilla-Aktion in Zürich berichtet. Der Künstler Santhori aus Bad Zurzach verkleidete zusammen mit dem Architekten Walter Wäschle eine der hässlichen Blitzanlagen. Sie sprechen da sogar von einer optischen Umweltverschmutzung. Auch unsere Milchkannen haben erhebliches Verschönerungspotential.

Das beste Erlebnis im Zeichenunterricht in der Bezirksschule bei Herrn Oberhänsli war für mich, als wir eine Wand in der Schule gestalten durften. Ein Werk im Gang des Gebäudes von Stararchitekt Theo Hotz. Wir waren stolz auf unsere Werke, da es eine aktive Mitgestaltung unseres Schulraums war.

Ein solches Projekt wäre auch mit den Milchkannen möglich. Man braucht ein wenig teurere Farbe, aber die Mehrkosten sind marginal. Das Papier wird dafür gespart. Ein 4- bis 5-Jahres-Rhythmus für das Neugestalten wäre aus meiner Sicht ideal und könnte sogar auf den Schülerwechsel passen.

Die farbliche Gestaltung der Sockel ist laut meinen Abklärungen nicht verboten. Das Argument der Ablenkung ist nicht zulässig, sonst müsste es auch auf unsere schön gestalteten Kreisel (Raben- / Klostermauer) angewendet werden.

Dass die Mitglieder der Ortsbildkommission sich negativ äussern, ist nicht überraschend. Sie haben es allerdings verpasst, positiv Einfluss zu nehmen bei der Planung und Erstellung der Milchkannen. Deshalb wurde dieses Postulat ja schliesslich eingereicht. Es ist liberal, etwas zuzulassen. Ich werde dieses Postulat unterstützen weil ich es aus liberaler Sicht unterstützen muss und ich die Milchkannen in der heutigen Form hässlich finde.

Benz Thomas: Es ist klar, als Liberaler muss man auch bei der Gestaltung etwas liberal sein. Wir sind etwas konservativer. Für uns sind die Milchkannen etwas Funktionales und kein Kunstobjekt. Daher folgen wir dem Antrag des Gemeinderats.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 18 Ja : 24 Nein, bei 1 Enthaltung, folgenden Beschluss:

Das Postulat Feri Celina, SP, vom 12. März 2015 betreffend farbige Gestaltung der "Milchkannen"-Signalisation wird abgelehnt.

13 Postulat Fraktion SVP vom 24. Juni 2015 betreffend Reduktion der Papierflut - Zeitgemässer und effizienter Ratsbetrieb; Entgegennahme (2015-0599)

Notter Daniel: Wir freuen uns und danken dem Gemeinderat für die Entgegennahme des Postulats. Wir wünschen uns, dass das Postulat zeitnah umgesetzt wird.

Koller Paul, Einwohnerratspräsident: Das Postulat wird überwiesen. Eine Abstimmung ist nicht notwendig.

Damit sind wir am Ende der Sitzung angekommen. Ich danke allen für die Mitarbeit. Die nächste Sitzung findet am 17. März 2016 statt. Ich wünsche allen einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 21.55 Uhr

Wettingen, 28. Januar 2016

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Der Präsident:

Paul Koller

Die Aktuarin:

Barbara Wiedmer